

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Unterbringung von hochgradig dementiell erkrankten Menschen im Land Bremen

Um Demenzerkrankten möglichst lange ein Leben innerhalb ihrer Quartiere zu ermöglichen, haben sich Bremen und Bremerhaven auf den Weg gemacht, demenzfreundliche Kommunen zu werden. Je weiter aber die Erkrankung fortschreitet, desto weniger sind die Betroffenen in der Lage, eigenständig zu leben. Die vielfältigen Formen der Erkrankung erfordern ein Spektrum an unterschiedlichen Angeboten von ambulanter Betreuung bis hin zu stationären Einrichtungen. Je nach Krankheitsverlauf müssen auch die stationären Pflegeeinrichtungen auf individuelle Erfordernisse eingestellt sein, um demenzerkrankte Alte sicher unterzubringen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist die Nachfrage nach professioneller Heimunterbringung für dementiell hochgradig erkrankte alte Menschen im Land Bremen in den letzten 5 Jahren gewesen (bitte nach Bremen und Bremerhaven aufschlüsseln)?
2. Wie werden betroffene Familien in Bremen und Bremerhaven über die verschiedenen Angebote an stationärer Unterbringung informiert? Gibt es eine Übersicht über die vorhandenen Einrichtungen für dementiell Erkrankte, die auch Informationen über die konzeptionelle Arbeit beinhalten?
3. Auf welche bundes- und landesrechtlichen Grundlagen stützt sich die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung von Einrichtungen zur Unterbringung dementiell Erkrankter im Lande Bremen?
4. Welche Auflagen der zulässigen bzw. nichtzulässigen Arten von freiheitsentziehenden oder -einschränkenden Maßnahmen gibt es im Land Bremen?
5. Wie erfolgt die Zusammenarbeit der Bremer Heimaufsicht mit den Betreuungsgerichten und den Ämtern für Soziales? Sieht der Senat Verbesserungsbedarf in der Zusammenarbeit?
6. Welche Rolle kommt aus Sicht des Senats der Bremer Heimaufsicht zu, um als demenzfreundliche Kommunen wahrgenommen zu werden? Wie werden Angehörige der Betroffenen in Planungen einbezogen bzw. informiert?
7. Welche Kooperationen oder Vernetzungen bestehen, um sich über konzeptionelle Entwicklungen im Bereich Demenz in anderen Bundesländern auszutauschen und diese ggf. auch für das Land Bremen zu nutzen?

Sahhanim Görgü-Philipp, Nima Pirooznia,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN